

Otto Schily

»WIR SIND AM BEGINN EINER NEUEN MIGRATIONSWELLE.« – HANS-WERNER SINN IM DEZEMBER 2013



Otto Schily war von 1998 bis 2005 deutscher Bundesminister des Innern. Er war Mitbegründer der Partei Die Grünen und wechselte 1989 zur SPD. 2001 wurde er mit dem Bayerischen Verdienstorden und 2004 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Heute leitet Schily eine Anwaltskanzlei in Berlin.

Die Voraussage von Hans-Werner Sinn hat sich bewahrheitet. Nach jüngsten Prognosen steigt im Jahr 2015 die Zahl der Asylbewerber auf über 800 000. Auch die Warnung von Hans-Werner Sinn, dass die Ausgestaltung unserer Sozialsysteme einen starken Anreiz für Armutsflüchtlinge bildet, nach Deutschland zu kommen, hat sich als berechtigt erwiesen. Die Ausgabenbelastungen für Kommunen und Länder durch Zuzug von Asylbewerbern werden inzwischen auf 10 Mrd. Euro geschätzt. »Angesichts dieser Verhältnisse sollte nun endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen«, fordert Hans-Werner Sinn. Diese Forderung ist aktueller denn je. Hans-Werner Sinn versteht sich als Ökonom, der Sachverhalte wissenschaftlich analysiert, aber nicht für die eine oder andere politische Position agitiert. Für die Politik sind seine Einschätzungen aber hilfreich, weil sie die Beurteilung der Probleme er-

leichtern und damit zugleich den Rahmen der Handlungsmöglichkeiten erkennen lassen.

Die Ursachen für Wanderungsbewegungen sind bekanntlich sehr heterogen. In vielen Ländern in mehr oder weniger unmittelbarer Nachbarschaft Europas herrschen katastrophale Zustände, in dem von einem blutigen Bürgerkrieg verwüsteten Syrien, in Afghanistan, in Libyen, im Irak, in Eritrea und anderen Gebieten Afrikas. Viele Menschen suchen verständlicherweise, diesen Zuständen zu entfliehen, und riskieren sogar ihr Leben, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

Nur eine sehr geringe Zahl der Migranten hat nach Art. 16 a GG Anspruch auf Asyl, das nur zum Schutz vor politischer Verfolgung im Heimatland gewährt wird. Jedoch erhalten immerhin nahezu ein Drittel der Asylbewerber einen Schutzstatus unter Befolgung der Genfer Flüchtlingskonvention nach den Vorschriften des unter der rot-grünen Bundesregierung modernisierten Aufenthaltsrechts.

Inzwischen hat sich aber das Asylverfahren de facto zu einem Einwanderungsverfahren entwickelt. Das Asylverfahren in seiner aktuellen Praxis ist daher ein zusätzlicher Anreiz für Armutswanderung, in erhöhtem Maße aus den Balkanländern. Dieser Anreiz wird noch verstärkt, wenn neuerdings gefordert wird, Asylbewerber in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Die Integration eines Asylbewerbers kann jedoch erst mit einer positiven Asylentscheidung beginnen, sonst wird die Asylprüfung eigentlich überflüssig, weil sich allein im Lauf des langen Asylverfahrens der Aufenthaltsstatus des Asylbewerbers so verfestigt, dass eine spätere Beendigung seines Aufenthaltes nicht mehr möglich und in vielen Fällen auch nicht vertretbar ist.

Diese Misere ist freilich nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass das deutsche Aufenthaltsrecht noch zu starr und unflexibel ist. Die Hürden, sich in Deutschland um ein Aufenthaltsrecht und einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu bemühen, sind viel zu hoch, und die Möglichkeiten, die den Behörden erlauben, zu situationsgerechten flexiblen Entscheidungen zu gelangen, sind zu begrenzt. Es sollte beispielsweise zulässig sein, dass die Behörden Bürgerkriegsflüchtlingen, die nicht selten über beachtliche fachliche Qualifikationen verfügen, ohne langwierige Prüfungen einen gesicherten Aufenthaltsstatus als »Einwanderer« gewähren. Das ist in unserem ökonomischen Interesse, aber entspricht auch humanitären Grundsätzen. Wir müssen sowieso von einer passiven zu einer aktiven Migrations- und Flüchtlingspolitik gelangen. Die Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild, das die Einwanderung qualifizierter Menschen erleichtert, sollte wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Wir brauchen ohnehin ein »Zwei-Türen-System«, das es erlaubt, von einem Asylantrag zu einem »Einwanderungs«-Antrag überzugehen.

Das Migrationsthema hat inzwischen Dimensionen angenommen, die es außerdem dringend geboten erscheinen lassen, die Zuständigkeiten neu zu ordnen. Die Schaffung eines eigenständigen Ministeriums auf Bundesebene, die Kostenentlastung der Kommunen und die Erweiterung der Möglichkeiten privater Initiativen könnten dazu beitragen, dass situationsangepasster agiert werden kann und die Lage sich etwas entspannt.

Mit einer ideologisch aufgeladenen Debatte ist jedenfalls niemandem geholfen. Ob Migration Bereicherung oder Belastung ist, entscheidet sich im Einzelfall. Nicht selten ist Migration beides, Bereicherung und Belastung zugleich. Historisch war Deutschland stets Einwanderungsland in unterschiedlichen Größenordnungen und wird es auch in Zukunft sein. Wir können froh sein, dass die deutsche Gesellschaft nach Umfragen die Aufnahme von Flüchtlingen positiv bewertet. Damit das so bleibt, sollten wir aber da Grenzen für Einwanderung setzen, wo es geboten erscheint, beispielsweise bei der Einwanderung aus den Balkanstaaten. Viel wird schließlich davon abhängen, ob wir uns in der Europäischen Union auf eine vernünftige und solidarische Zusammenarbeit in Flüchtlings- und Einwanderungsfragen einigen können. Auch insoweit wird es darauf ankommen, eine agierende und nicht nur reagierende Politik entwickeln. Es ist richtig, Flüchtlinge aus Seenot zu retten. Richtiger wäre es, EU-Einrichtungen in Nordafrika zu schaffen, die es den Flüchtlingen gestatten, die Einreise in ein europäisches Land zu beantragen, ohne dass sie sich zuvor auf einem Schleuserboot in Lebensgefahr bringen. Sicherlich würden solche Einrichtungen die Probleme nicht vollständig lösen, aber vermutlich wenigstens mildern.